

Antrag

(Alternativantrag)

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/3795 -

Für eine angemessene Verzinsung von Steuernachzahlungen und Steuererstattungen

Zinsen auf Steuernachzahlungen und Steuererstattungen halbieren

Die Landesregierung wird aufgefordert,

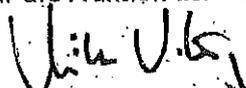
- I. dem Landtag die Entwicklung des Aufkommens der Steuernachzahlungen und Steuererstattungen in Thüringen sowie die darauf entfallenden Zinszahlungen für den Bund und Thüringen seit dem Jahr 2008 zu berichten,
- II. sich auf Bundesebene im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Höhe der Zinsen auf Steuernachzahlungen und Steuererstattungen nach § 238 Abgabenordnung von einhalb auf einviertel Prozent pro Monat herabgesetzt werden, damit die Zinshöhe pro Jahr nur noch maximal bis zu drei Prozent beträgt.

Begründung:

Die Europäische Zentralbank bewegt sich mit ihrer Nullzinspolitik und Negativzinsen für bestimmte Einlagen von Geschäftsbanken am Rande ihres Mandats zur Wahrung der Geldwertstabilität. Mit ihren Maßnahmen stützt die Europäische Zentralbank Regierungen und notleidende Banken in den Euro-Krisenstaaten, statt mit Zinsen die richtigen Anreize für die erforderlichen Strukturreformen und für den notwendigen Abbau von Risiken zu setzen. Eine nachhaltige, zukunftsorientierte Reformpolitik ist der Schlüssel zu einer Erholung in den Krisenstaaten, aber nicht in erster Linie die Geldpolitik.

Durch diese Nullzinsphase entsteht aber auch eine wahrnehmbare Verzerrung im Steuerrecht für die Thüringer Bürger und Unternehmen, wenn die gesetzliche Zinshöhe nach § 238 Abgabenordnung (AO) nach geltendem Recht bis zu sechs Prozent pro Jahr auf Steuernachzahlungen und Steuererstattungen beträgt. Diese Zinsdifferenz hat sich in einem Maße von den Zinsen am Kredit- und Einlagenmarkt entfernt, der gesetzgeberisches Handeln erfordert, um dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit im Steuerrecht zu genügen. Hier kann der Bund angemessen auf eine der vielen Auswirkungen der verfehlten Geldpolitik der EZB reagieren. Angesichts der mittelfristig zu erwartenden Steuermehreinnahmen bestehen genug Gestaltungsspielräume für diese Entlastung der Bürger und Unternehmen in Thüringen.

Für die Fraktion der CDU:


Mike Mohring MdL